

Prof. Dr. Alexander Trunk

Sommersemester 2016

## **Vorlesung: Osteuropäisches Recht II**

### **21.6.2016: Wirtschaftsprozessrecht**

Beispielfälle:

- 1) Unter welchen Voraussetzungen können zwei Unternehmen nach dem estnischen, litauischen und russischem Recht eine Gerichtsstandsvereinbarung treffen? (Vergleich der verschiedenen Regelungen, zudem mit deutschem Recht)
- 2) Unter welchen Voraussetzungen können die beiden Unternehmen vor litauischen und russischen Gerichten einen Vergleich schließen?

#### **A. Begriff und Themenkreise des Wirtschaftsprozessrechts**

I. Begriff: WirtschaftsprozessR (aus deutscher Sicht, aber auch rechtsvergleichend) kann als „Prozessrecht in Wirtschaftsstreitigkeiten“ definiert werden. Kann bei weitem Verständnis sowohl ziv-r als auch öfrr Streitigkeiten erfassen. Hier sollen nur privat-r Streitigkeiten angesprochen werden. In einigen osteurop. Staaten gelten die einschlägigen prozess-r Regelungen sowohl für privat-r als auch öfrr Streitigkeiten (z.B. aus SteuerR)

- WirtschaftsprozessR im zivil-r Sinn ist ein Teilbereich des Zivilverfahrensrechts (= Vorschriften über Verfahren vor staatlichen Gerichten im Bereich des Zivilrechts)
- zur Entscheidung privater wirtschaftsrechtlicher Streitigkeiten. Insofern „Schwesterthema“ zum Zivilprozessrecht.

Umfasst ErkenntnisVerf und ZwangsvollstreckungsR.

Beachte: insbes. auch in Wirtschaftsstreitigkeiten hat alternative Streitbeilegung traditionell große Bedeutung (Schiedsgerichtsbarkeit, zunehmend auch Mediation).

#### **II. Zweige des WirtschaftsverfahrensR:**

Das Wirtschaftsverfahrensrecht umfasst einerseits Gerichtsorganisationsrecht [z.B. bestehen für Wirtschaftsstreitigkeiten besondere Gerichte?], andererseits das (Wirtschafts-)ProzessR im engeren Sinn, das das Verfahren vor den Streitentscheidungsinstanzen regelt.

## **B. Grundwertungen des Wirtschaftsverfahrensrechts (auch in Abgrenzung vom allgemeinen Zivilverfahrensrecht)**

I. Effektives WirtschaftsverfahrensR ist ein wirtschaftliches Stimulans (Rechtssicherheit als Anregung für längerfristige Investitionen) und ein entsprechender Indikator, wird auch von internationalen Organisationen so verstanden (z.B. Weltbank).

II. Dem WirtschaftsverfahrensR liegt auch die verfassungs- und völker- Rechtsschutzgarantie zugrunde, die sich im Spannungsfeld zwischen Wahrheitsfindung und Parteidisposition befindet. Im Unterschied zum allg. ZivilVerfR kann allerdings im WirtschaftsverfahrensR grds. von der Erfahrung der Parteien (Unternehmer o.ä. auf beiden Seiten) ausgegangen werden, so dass hier Schutzerwägungen eine geringere Rolle spielen als im allg. Zivilprozess.

III. Abwägung öffentlicher und privater Interessen ist auch im WirtschaftsverfahrensR von Bedeutung, denn öff. Interessen können auch – in mancher Hinsicht sogar besonders – von zwei wirtschaftlich starken Prozessparteien in Frage gestellt werden.

## **C. Geschichtlicher Hintergrund des Wirtschaftsverfahrensrechts in Osteuropa**

I. 19. Jahrhundert: stark prägende Einflüsse des frz. Zivilprozessrechts (Mündlichkeit, Öffentlichkeit, Parteidisposition über Tatsachen und Prozesgegenstand; Abschwächung von Formalismen). Beisp. russ. Justizreformen von 1864 (Alexander II.). Haben auch eine Dimension für WirtschaftsprozessR: Einrichtung von Handelsgerichten und prozessualen Sondervorschriften. Später ergänzt durch Einflüsse des dt bzw. österr Zivilprozessrechts (Kammern für Handelssachen etc.).

II. Mit russ. Revolution bzw. nach 2. Weltkrieg wurden die "alten" Gerichte und Prozessordnungen abgeschafft. Welle neuer Prozessordnungen, insbes. in den 60er Jahren nach dem sowjet. Modell: wesentl. Ähnlichkeiten der sozialist. Prozeßordnungen untereinander z.B. bezüglich der Rolle des Staatsanwalts auch in Wirtschaftsprozessen, oder in der Ausgestaltung der Rechtsmittel (u.a. sog. Aufsichtsverfahren in Durchbrechung der Rechtskraft).

Ein wichtiges Element des sowjet. Justizrechts war die Ausgliederung der Streitigkeiten zwischen Wirtschaftssubjekten in die sog. **Staatsarbitrage**: keine Gerichte, sondern Verwaltungsorgane mit justizähnlichen Funktionen; erhebliche Rolle von "Ermessen", zudem Einbindung in das staatliche Plansystem.

Dennoch bestand eine enge systematische Verwandtschaft der sozialistischen Prozessrechte mit westeuropäischen Prozessordnungen (insbes. dt./österr. ZPO).

III. In der Perestrojka-Zeit entwickelte sich in der UdSSR eine Diskussion über einen "sozialistischen Rechtsstaat" mit Gesetzesänderungen (auch) zur Stärkung der

Unabhängigkeit der Gerichte. Zunehmende Wiederannäherung an westeuropäische Modelle (auch: Einfluss Europarat, EU). Z.B. Tendenz zur Annäherung der Staatsarbitrage an Wirtschaftsgerichte (mit richterlicher Unabhängigkeit).

IV. In jüngerer Zeit besteht eine allgemeine Tendenz zu Neukodifikationen des Zivil- und WirtschaftsverfahrensR in allen Bereichen:

- Gerichtsorganisation (idR vorausgehend, z.B. jüngst 2014 Abschaffung in Russland des Obersten Arbitraggerichts)
- neue ZPOs (z.B. in Kasachstan neue ZPO 2015 anstelle der ebenfalls recht neuen ZPO 1999: Vergleich beider Fassungen lohnt sich!). In Ungarn wird derzeit eine neue ZPO vorbereitet, ebenso in Russland.
- laufende Reform etwaiger besonderer Wirtschaftsprozessgesetze (teilweise, insbes. im postsowjetischen Raum). Aber jüngste Tendenz geht in Richtung Abschaffung spezieller Wirtschaftsprozessordnungen),
- VollstrR, Insolvenzrecht, Alternative Streitbeilegung.

## **D. Rechtsgrundlagen des Wirtschaftsprozessrechts in Osteuropa (Überblick)**

### I. Verfassungsrechtliche Grundlagen

#### 1. Kompetenz zur Gerichtsorganisation

Liegt in den meisten Staaten Osteuropas beim Zentralstaat, könnte aber auch geteilt sein (vgl. USA, Deutschland).

Beispiel Russland: Art.71 Buchst.n Russ.Verf. 1993 → Gesetzgebungszuständigkeit und Verwaltungszuständigkeit der Föderation (= Zentrale).

Beachte: auch Ukraine ist bislang Einheitsstaat (Zuständigkeit für Justiz zentral in Art.92 Pkt.14 der Verfassung). Derzeitige Diskussion in der Ukraine über Dezentralisierung könnte auch Auswirkungen auf Gesetzgebungszuständigkeiten und Verwaltungszuständigkeiten im Bereich der Justiz haben.

#### 2. Kompetenz zur Verfahrensgesetzgebung

Auch insoweit sind in Bundesstaaten unterschiedliche Lösungen denkbar (vgl. USA, Schweiz, Dt., Mexiko), Staaten Osteuropas haben meist eine zentrale Regelungen des WirtschaftsprozessR.

Beispiel Russland: gem. Art.71 Buchst.n Russ.Verf. besteht auch insoweit eine ausschließl. Zust. der Föderation.

### 3. Gerichtsorganisatorische Regeln und Verfahrensgarantien

a) Siehe beispielsweise Art.46 ff, 118 ff Russ.Verf.: Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz, Bestimmung der Gerichtszweige (insbes. Trennung von allg. Gerichten und sog. Arbitragegerichten, mit Oberstem Gericht bzw. Oberstem Arbitragegericht an der Spitze. Beachte: russ. Terminologie „Arbitragegericht“ bezeichnet staatliche Gerichte (Anlehnung an sowjet. Tradition/Benennung der „Staatsarbitrage). In den meisten Staaten Osteuropas, die an solchen besonderen Gerichten festhalten, wurde stattdessen der Begriff „Wirtschaftsgerichte“ gewählt.

Ähnliche Vorschriften finden sich in allen osteuropäischen Verfassungen, z.B. Art.124 – 131 ukr. Verfassung.

b) Im Vergleich lassen sich in Osteuropa **zwei Grundmodelle der Wirtschaftsgerichtsbarkeit** feststellen:

aa) Einige Staaten, insbes. im postsowjet. Raum, halten an eigenständigen Wirtschaftsgerichten fest. Dabei sind die Ausgestaltungen unterschiedlich:

- Teilweise bestehen gesonderte Wirtschaftsgerichte in allen Instanzen. So bis 2014 z.B. Russland; an der Spitze der Hierarchie stand das Oberste Arbitragegericht, das aber 2014 aufgelöst wurde, seine Funktionen wurden in das Oberste Gericht integriert. Ähnlich Ukraine.
- Teilweise bestehen gesonderte Wirtschaftsgerichte nur in einzelnen Instanzen, z.B. *Russland (ab 2014; alle Unterinstanzen) und Ukraine, ähnl. Aserbaidshan. Sonderfall Kasachstan (in Astana besonderes interregionales Gericht für Wirtschaftssachen, sowie – außerhalb des regulären Gerichtssystems das besondere „Gericht des Internationalen Finanzeners „Astana“).*

bb) In der (wohl) Mehrzahl der osteuropäischen Staaten bestehen keine besonderen Wirtschaftsgerichte (mehr), da sie als zu sehr dem sozialistischen System verhaftet betrachtet wurden. Stattdessen fungieren aber häufig Kammern für Wirtschaftssachen o.ä. im Rahmen der allgemeinen Zivilgerichtsbarkeit. *Beispiel: Polen.*

## II. Wirtschaftsprozessrecht i.e.S.

Zahlreiche Grundgemeinsamkeiten in den Reformen, sowohl innerhalb der osteurop. Staaten als auch zwischen Osteuropa und Westeuropa. Neue ZPOs in Russland, Estland, Litauen und Lettland (z.T. schon „2. Generation“: Estland 1998 – 2005); geplant in Polen. Zur Zeit läuft in verschiedenen Staaten rechtspolitische Diskussion über eine „3.Generation“ von ZPOs, z.B. in Russland (geplante Verschmelzung von ZPO und APO).

### 1. Gesetze

a) Russland:

- ZPO 1964 - neue ZPO 2002 (in Kraft seit 1.2.2003): Vergleich: Modernisierung, stärkere Betonung der Rolle der Parteien. Derzeit wird neue ZPO vorbereitet (Konzeption einer neuen Einheitlichen ZPO 2014/2015).

- APO 1995 - neue APO 2002 (in Kraft seit 1.9.2002): Vergleich: wesentlich vollständiger als früher.

Sonderregeln z.T. auch in schwerpunktmäßig materiellrechtlichen Gesetzen enthalten: VerbrSchutzG, ArbGB

b) Polen:

- ZPO 1964 mit späteren Änderungen, insbes. 1996

Schwerpunkte: Stärkung der Dispositions- und Verhandlungsmaxime, Abschaffung des RBehelfs des Aufsichtsverfahrens, s. andererseits Russland, da das Aufsichtsverfahren in abgemilderter Form – Abschwächung von Ermessenselementen - beibehalten hat)

--> EU-Kommission rügt lange VerfDauer (in 1.Instanz häufig bis zu 4 Jahre)

c) Estland: zunächst ZPO v. 1998: Arbitragegerichte wurden abgeschafft. Grundlegende Neuregelung dann durch ZPO 2005: wesentlich ausführlicher als ZPO 1998, in vieler Hinsicht vorbildlich in Inhalt und Struktur (arbeitet z.B. systematisch mit allgemeinen Bestimmungen in verschiedenen Themenfeldern).

d) Litauen: neue ZPO v. 28.2.2002, am 1.1.2003 in Kraft getreten; ersetzt die alte ZPO 1964 mit Änderungen. Arbitragegerichte in Litauen wurden bereits vorher abgeschafft.

f) Aserbaidshan: ZPO 1999 mit späteren Änderungen. Keine besondere Wirtschaftsprozessordnung

g) Kasachstan: ZPO 2015, keine gesonderte Wirtschaftsprozessordnung 1999.

h) Ukraine: Getrennte Prozessordnungen (ZPO 2005, Wirtschaftsprozessordnung 1991)

2. **Untergesetzliche Normen/Programme** spielen in einigen Staaten ein große rechtspolitische Rolle, insbes. im postsowjet. Raum (z.B. Russland; jüngst „Konzeption einer einheitlichen ZPO“, 2014/2015).

## **E. Statistische Angaben und Rechtswirklichkeit/Probleme**

I. Statistik: z.B. Russland: 2013 1,3 Mio. Klagen vor Arbitragegerichten eingereicht = echtes Massenphänomen. Zum Vergleich: Deutschland 2013 ca. 300.000 Klagen vor LGs in 1. Instanz, davon ca. 50.000 vor Kammern vor Handelsachen. Interpretation dieser Unterschiede?

- Sehr gute, einen Vergleich ermöglichende Daten liefert die Europäische Kommission für die Effizienz der Justiz des Europarates (**CEPEJ**) in regelmäßigen Berichten, für alle Mitgliedstaaten des Europarates. Datenlage für Zentralasien ist schwieriger.

- Eine Bewertung/Ranglisten strebt demgegenüber das ebenfalls regelmäßig aktualisierte **EU Justice Scoreboard der EU** an (nur für die 28 EU-Staaten). S. aber beispielsweise auch die

Angaben in den Papieren der EU-Kommission über die Assoziierungskooperationen mit Georgien etc. bzw. über die Beitrittsvorbereitungen verschiedener Staaten.

**Beide Quellen sind für einen Vergleich der Effizienz von Justizsystemen unverzichtbar!**

II. Probleme der Justizpraxis in vielen Staaten Osteuropas:

- Unabhängigkeit der Gerichte: polit. Einflüsse, Korruptionsproblematik (Problem realitätsnaher Bewertung, ebenso auch Problem der Bewertung von Korruptionsbekämpfungsstrategien)
- Qualifikation der Richter
- Z.T. Verbesserungsbedürftigkeit der gesetzlichen Grundlagen
- Dauer der Verfahren z.T. problematisch (s. etwa Polen), z.T. andererseits Gefahr von Überbeschleunigungen (Russland?).

**F. Vertiefung zum Verfahrensrecht i.e.S.:** regelt das Verfahren vor den Streitentscheidungsinstanzen

**I. Besonderes Wirtschaftsprozessrecht generell:** gerichtliches Verfahren in wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten; Anwendungsbereich wird unterschiedlich definiert: grds. Streitigkeiten zwischen Unternehmen, aber häufig auch Streitigkeiten zwischen Unternehmen und dem Staat (verwaltungsrechtliche Streitigkeiten)

1. Beisp: russ. APO 2002 (vorher APO 1995, zuerst APO 1992) → stärkere Akzentuierung der Dispositionsfreiheit als in ZPO-Verfahren (eher praktisch als in Gesetzesvorschriften verankert, s. aber Art.9 Pkt.1 APO „sostjazatel’nost“ (Dispositionsmaxime und Verhandlungsmaxime vereint) nur in APO aufgenommen, nicht in ZPO

Vgl. demgegenüber zu Besonderheiten von wirtschafts-r Streitigkeiten im dt R: ZPO/GVG --> Kammer für Handelssachen §§ 93 ff HGB, Einzelschriften, die wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten gesondert ansprechen: vgl. § 38 ZPO.

2. Zum Vergleich Polen: Das poln. G über ErkenntnisVerf vor den Gerichten für Wirtschaftssachen v. 1989 hat das frühere WirtschaftsgerichtsG aufgehoben und begründet an den allg. Gerichten (Rayongerichte, Wojewodschaftsgerichte) besondere Kammern für Wirtschaftssachen [ähnl. Dt: Kammern f. Handelssachen], für deren Verfahren Abschnitt IV.a. ZPO n.F. (Art.479/1 - 479/27 ZPO n.F.) eingeführt wurde: dort gelten einige besondere Vorschriften, z.B. obligator. vorgeschalteter Einigungsversuch + Beschleunigung des Verfahrens. Wurden aber inzwischen teilweise wieder aufgehoben.

**II. Verfahrensprinzipien:** werden in einigen Zivil- bzw. Wirtschaftsprozessgesetzen ausdrücklich niedergelegt.

Beispiel: lit. ZPO 2002

Article 2. Purposes of civil procedure

The purposes of civil procedure are to defend the interests of those persons, whose material subject rights or interests protected by laws are violated or contestable, to properly apply laws upon court hearing of civil cases, passing and enforcing judgements, as well as to restore juridical peace between or among the parties of a dispute, to clarify and develop law.

CHAPTER II: Principles of Civil Procedure

Article 5. Right of relief

Article 6. Justice shall only be administered by courts following the principle of person's equality before the law and courts

Article 7. Process concentration and economy

Article 8. Principle of cooperation

Article 9. Publicity of court hearing

Article 10. Publicity of case matter

Article 11. Language of proceedings

Article 12. Principle of competition

In all courts, civil cases are heard based on the principle of competition. Each and every party shall prove such circumstances, which were used to base their claims and replications, except for the cases, when circumstances used do not have to be proved.

Article 13. Principle of disposition

Parties and other participants in a proceeding shall have the right to have full disposition of their procedural rights in accordance with the provisions of this Code.

Article 14. Principle of immediacy

Article 15. Principle of verballity

Article 16. Continuity of case hearing and invariability of panel of judges

Article 17. Procedural equality of the parties

Article 18. Obligation of court judgement, ruling, order and decree

Article 19. Confidentiality of passing a judgement

Article 20. Legal aid guaranteed by the state

Article 21. Independence and impartiality of judges and courts

**Beurteilung? Sehr detailreich und aufgefächert, der Sache nach dem dt Recht ähnlich, allerdings auch einige Reminiszenzen an sowjet. Periode (z.B. Art.18).**

### **III. Örtliche Zuständigkeit**

Vergleiche Dt.: §§ 12 ff ZPO – allg. Gerichtsstand – besondere Gerichtsstände – ausschließl. Gerichtsstände. Z.B. § 21 ZPO NiederlassungsZust; ergänzend § 29 ZPO (kann am Wohnort Verbraucher liegen). Sonst allg. Gerichtsstand §§ 12, 13, 17 ZPO: Wohnsitz/Sitz des Beklagten.

RUS: Art.28 ff ZPO 2002 (vgl. 117 ff russ. ZPO) - Art.34 ff APO 2002 (vgl. Art.25 ff APO 1995 (podsudnost' mehrdeutig: auch sachl. Zuständigkeit): mesto nachozhdenia: wird in ZPO nicht definiert, ergibt sich aus Art.20 ZGB (Wohnsitz) bzw. Art.54 Pkt.2 und 3 ZGB: nicht notwendig auf „Sitz“ der beklagten Gesellschaft bezogen: wo „befinden sich“ deren Organe? Genügt Registersitz, oder kommt es notwendig auf faktische Gegebenheiten an, die uU schwer zu ermitteln sind.

### **IV. Wichtiges praktisches Beispiel: Gerichtsstandsvereinbarung**

Zum Vergleich: Deutsches Recht - § 38 ZPO Gerichtsstandsvereinbarung – Schriftform, grds. nur zwischen Kaufleuten; Anforderungen an Vertragsschluss ergeben sich aus BGB; AGB-Kontrolle denkbar.

#### **1. Estland: Estonian Code of Civil Procedure 2005**

§ 71. Agreement on jurisdiction

In the cases and pursuant to the procedure prescribed by law, parties may enter into an agreement concerning jurisdiction. An agreement concerning jurisdiction is an agreement to settle a dispute in a specific court.

§ 104. Agreement on jurisdiction

(1) A court can also hear a matter by jurisdiction in the case where the jurisdiction of such court is prescribed by an agreement between the parties and the dispute relates to the economic or professional activities of both parties, or the dispute relates to the economic or professional activities of one party and the other party is the state, a local government or another legal person in public law, or if both the parties are legal persons in public law.

(2) An agreement on jurisdiction may also be entered into if the residence or seat of one or both of the parties is not in Estonia.

(3) ... (4) Jurisdiction determined by agreement is exclusive jurisdiction, unless the parties have agreed otherwise.

§ 106. Invalidity of agreement on jurisdiction

(1) An agreement on jurisdiction is invalid if:

- 1) it is contrary to the provisions of subsection 104 (1) of this Code;
- 2) it does not concern a specific legal relationship or a dispute arising from such relationship;
- 3) it has been entered into in a format which cannot be reproduced in writing;
- 4) exclusive jurisdiction is prescribed by law for filing the action;
- 5) one of the parties has been deprived of Estonian jurisdiction contrary to the principles of good faith.

(2) In the case specified in clause (1) 4) of this section, the court shall not adjudicate a matter by jurisdiction even under the circumstances provided in § 105 of this Code

**Kurzbeurteilung: deutlich an das dt. und europ. Recht angelehnt, sehr ausführlich.**

## **2. Litauen: Lithuanian Code of Civil Procedure 2002**

Article 32. Contractual jurisdiction

1. Parties may change the territorial jurisdiction of a case after a written agreement between or among them.
2. Extraordinary and specific jurisdiction may not be changed by agreement between or among the parties.

**Kurzbeurteilung: Sehr knappe Regelung, die viele Fragen offen lässt.**

## **3. Russland: APO 2002**

### **§ 2. Arbitrability**

**Article 37. Agreed Arbitrability:** The arbitrability established by Articles 35 and 36 of this Code [*nichtausschließliche Gerichtsstände*] may be changed by agreement of the parties prior to taking over an application by an arbitration court.

### **Section V. Proceedings on Cases with the Participation of Foreign Persons**

#### **Chapter 32. The Competence of Arbitration Courts in the Russian Federation on an Investigation of Cases with the Participation of Foreign Persons**

#### **Article 247. Competence of Arbitration Courts in the Russian Federation on Cases with the Participation of Foreign Persons**

3. Arbitration courts in the Russian Federation shall also consider cases in conformity with the parties' agreement, concluded in accordance with the rules established in Article 249 of this Code.

#### **Article 249. Agreement on Delineating the Competence of Arbitration Courts in the Russian Federation**

1. If the parties, if only a single one of which is a foreign person, have concluded an agreement, while laying down in it that an arbitration court in the Russian Federation possesses competence for the

investigation of a dispute involved in the performance by them of business or other economic activity, that has already arisen or that may arise, the arbitration court in the

Russian Federation shall possess the exclusive competence for an investigation of the given dispute on the condition that such agreement does not modify the exclusive competence of a foreign court.

2. The agreement on an exclusive competence shall be concluded in written form.

**Kurzbeurteilung: allgemein eine sehr knappe Regelung, die viele Fragen offen lässt, aber sehr detailreich für internationale Gerichtsstandsvereinbarung.**

**V. Beteiligung des Staatsanwalts:** stark ausgeprägt im sowjet. Recht, heute in Osteuropa zwar reduziert, aber selbst in Wirtschaftssachen in einigen Staaten noch vorhanden (rechtliche Bewertung?)

S. etwa Art.52 russ. APO 2002: Teilnahme StA möglich bei Beteiligung staatl. Unternehmen. Ähnlich, aber etwas weiter früher §§ 41, 161, 181/185 APK 1995.

**VI. Urteilswirkungen:** werden in den Zivil- bzw. Wirtschaftsprozessordnungen Osteuropas teilweise anders bestimmt als im dt. Recht.

1. Beispiel: **Aserbaidsschanische ZPO 1999: *scheint die obj. Rechtskraft auch auf Tatsachenfeststellungen und rechtliche Beurteilungen zu beziehen (anders dt R!)***

#### **Article 233. Entering of decision into its legal force**

233.1 Where a resolution has not been appealed it shall become effective 1 month upon its issue.

233.2 Resolution which has not been cancelled further to an appellate complaint shall be effective from the date of issue of decision by authority of appellate instance.

233.3 Upon effective date of resolution parties and other persons participating in case as well as their successors shall not have the right to raise a court case with respect to the same claims, upon the same ground, **as well as to dispute facts and legal relationships** in a different proceeding.

2. Wesentlich enger demgegenüber (dem dt R vergleichbar, aber ausführlicher) Art.456, 457 estn. ZPO 2005:

#### **Estn. ZPO 2005**

##### **§ 456. Entry into force of court judgment**

(1) A court judgment enters into force when it can no longer be contested in any other manner except by review procedure.

**§ 457. Consequences of entry into force of judgment**

- (1) A court judgment which has entered into force is binding on the participants in the proceeding in the part, where a claim filed by an action or counterclaim is adjudicated on the basis of circumstances which constitute the cause of the action unless otherwise provided by law.
- (2) If, in the course of a proceeding, the defendant has filed an objection for set-off against the claim of action, the judgment is binding on the participants in the proceeding also to the extent to which the existence and set-off of the counterclaim is not recognised.
- (3) The descriptive part of a court judgment is presumed to certify the petitions made by the participants in the proceeding in the course of the proceeding.